# Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

**Organ für das werktätige Volk**

Bankkonten: Sächs. Staatsbank, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst“, außerdem „Volk und Zeit“ monatlich 1.86 M., ausschließlich 45 Pf. Bringerlohn. Postbezug 1.86 M. einschl. Post- u. Zustellungsgeb. 54 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261 und 12 787. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 30 mm breite Nonpareillezeile [illegible] Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., für auswärtige Anzeigen [illegible] Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefinkasso 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 135 | Dresden, Sonnabend, den 13. Juni 1931 | 42. Jahrgang


# Änderung ist Vorbedingung

## Der Beschluß der Sozialdemokratischen Fraktion

D. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Freitag nach mehrstündiger Aussprache folgenden Beschluß gefaßt:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellt fest, daß die neue Notverordnung eine große Anzahl von Bestimmungen enthält, die die werktätigen Massen auf das allerschwerste belasten. Ihre Durchführung würde eine unerträgliche Verschlechterung der Lebenshaltung des werktätigen Volkes zur Folge haben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war und ist bereit, zur Sicherung der sozialen Einrichtungen und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise an der Sanierung der öffentlichen Finanzen mitzuwirken. Die neue Notverordnung hat aber durch ihre krasse Einseitigkeit, die die unteren Volksschichten auf das schwerste belastet, die größte Erregung ausgelöst. Diese Erregung ist um so berechtigter, weil die Notverordnung Eingriffe enthält, die sozial nicht gerecht, unzweckmäßig und nutzlos sind, dabei aber ungeheuer verbitternd wirken. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verlangt deshalb eine Aenderung der Notverordnung, die den berechtigten Forderungen der breiten Massen des Volkes entspricht.

Die Fraktion hat davon Kenntnis genommen, daß der Fraktionsvorstand Verhandlungen mit der Reichsregierung aufgenommen hat, um eine durchgreifende Abänderung der Notverordnung zu erreichen. Sie wird die Entscheidung über ihre weiteren Schritte von dem Ergebnis dieser Verhandlungen abhängig machen. Deshalb vertagt sich die Fraktion auf Dienstag vormittag 9 Uhr. In der neuen Sitzung wird sie sich entscheiden, ob sie eine Einberufung des Reichstags verlangen soll.“

*

### Brüning einig mit Hindenburg

#### Bei Reichstagsberufung endgültiger Rücktritt

Die offiziösen Meldungen besagen:

Der Reichskanzler weilte am Freitag nachmittag bei dem Reichspräsidenten auf dessen Gut in Neudeck. Der Reichskanzler informierte den Reichspräsidenten in einer ausführlichen Unterhaltung über sämtliche zur Zeit schwebenden innen- und außenpolitischen Fragen. Im Verlauf der Unterredung gab er u. a. auch eine ausführliche Darstellung über die Stellungnahme der Regierungsparteien und der Sozialdemokratie zu der neuen Notverordnung, über die Forderungen nach Abänderungen, die Wünsche der Volkspartei nach Umbildung des Kabinetts und die Pläne gewisser Kreise zur Bildung eines Direktoriums.

Der Reichspräsident billigte die Ausführungen des Reichskanzlers und schloß sich seinen Schlußfolgerungen restlos an.

*

### Die weiteren Verhandlungen des Kanzlers

D. Berlin, 13. Juni. (Eigener Funk.) Der Reichskanzler ist heute vormittag von Neudeck nach Berlin zurückgekehrt und nahm bald nach seiner Ankunft die Verhandlungen mit der Sozialdemokratie wieder auf.

Am Nachmittag begibt sich der Reichskanzler nach Hildesheim, wo am Sonntag vormittag der Vorstand der Zentrumspartei mit der Zentrumsfraktion des Reichstages Beratungen abhält. Die Tagung ist bereits seit Wochen angesetzt und am Tage der Vertagung des Reichstags bis zum Oktober beschlossen worden. Infolge der inzwischen eingetretenen zugespitzten politischen Lage gewinnen die Beratungen der maßgebenden Zentrumsinstanzen besondere Bedeutung. Der Reichskanzler wird von diesen Instanzen die Billigung seiner Politik fordern und zweifellos auch erhalten. Dabei dürfte es jedoch ohne scharfe Kritik der Notverordnung, insbesondere durch den Gewerkschaftsflügel des Zentrums, nicht abgehen. Beschlüsse zu der gegenwärtigen politischen Lage sind von der Hildesheimer Tagung jedoch nicht zu erwarten.

Die angekündigte große politische Rede des Reichskanzlers in Hildesheim ist inzwischen abgesagt worden. Der Kanzler wird sich lediglich vor der Zentrumsfraktion vertraulich über die Situation äußern. Abends spricht Reichsfinanzminister Dr. Wirth in einer öffentlichen Versammlung.

*

### Dingeldey – Dudeldey

Die Parteibürokratie der Deutschen Volkspartei, die nach außen als Reichsausschuß der Volkspartei firmiert, nahm am Freitag ein Referat ihres Chefs und Führers der volksparteilichen Reichstagsfraktion, des Herrn Dingeldey, über die politische Lage entgegen. In dem Bericht über die Tagung heißt es, daß dieses Referat „mit stürmischem Beifall“ aufgenommen wurde. Was Herr Dingeldey geredet hat, wird nicht mitgeteilt. Auch erfährt man aus dem Bericht nichts über die ferneren [illegible] der Volkspartei. Man vernimmt aus ihm lediglich, daß die Parteibürokratie Herrn Dingeldey ihr „volles Vertrauen“ ausgesprochen und sich „in Geschlossenheit“ hinter ihn gestellt hat.

Das Gerede von der Geschlossenheit der Partei ist Humbug, nachdem erst vorgestern nacht Herr Dingeldey in der volksparteilichen Fraktion nur mit lumpigen zwei Stimmen Mehrheit die Forderung auf Einberufung des Reichstages durchsetzen konnte. Und auch das nur, weil Minister Curtius und andere vorher unter Protest das Lokal verließen. Herr Dingeldey pendelt nun hin und her. Ob ihn die schwerindustriellen Katastrophenpolitiker sicher in der Hand haben, weiß er selber noch nicht. Er folgt dem jeweils stärksten Druck.

*

### Einleitung des Rückzugs

#### Die Vp. leugnet Katastrophenpolitik ab

Berlin, 13. Juni. (Eig. Funk.) Die Deutsche Volkspartei scheint inzwischen vor ihrer eigenen Courage Angst bekommen zu haben, denn früher, als man anfänglich angenommen hatte, werden aus ihren führenden Kreisen heraus Einlenkungsversuche gemacht. Wie das geschieht, ist geradezu zum Schießen.

Am Freitag übergaben „führende Kreise“ der Volkspartei einer Berliner Nachrichtenagentur eine ziemlich kleinlaute Erklärung, in der über „irreführende Kommentare“ zu dem Beschluß der volksparteilichen Reichstagsfraktion gegen die Regierung Brüning geklagt wird. Der Beschluß auf Reichstagseinberufung habe in Wirklichkeit den Sinn gehabt,

> „die Autorität des Reichskanzlers, die nicht nur durch die Notverordnung, sondern auch durch das Versagen einzelner Persönlichkeiten des Kabinetts gelitten hat, wiederherzustellen und ihr dasjenige Maß an Stärke zu geben, ohne das das bis zum Erlaß der Notverordnung dem Kabinett entgegengebrachte Vertrauen weitester Kreise unwiederbringlich verlorengehen muß“.

Die bevorstehenden Aufgaben der inneren Gesundung, besonders der nunmehr aufgerollten Reparationsfrage, seien so schwierig, daß sie mit Aussicht auf Erfolg nur dann durchgeführt werden könnten, wenn der Glaube an den unbeugsamen Willen der Regierung, auf dem bisher von ihr als richtig erkannten Wege fortzuschreiten, immer weitere Kreise erfasse.

> „Daß die Deutsche Volkspartei irgendwelcher Katastrophenpolitik Vorschub leisten könnte, ist ein völlig absurder Gedanke.“

Nur Besonnenheit könne Deutschland vorwärtsbringen. Zur Besonnenheit gehöre aber in einer so gefahrvollen Lage wie heute auch der Wille, von dem als richtig erkannten Wege sich von keinerlei Einflüssen abbringen zu lassen. Eine Regierung, die danach handle, könne der vollen Unterstützung der Deutschen Volkspartei gewiß sein. Amen!

Der Vorwärts sagt zu den volksparteilichen Auslassungen: „Stilistisch ist die Erklärung ein Meisterstück unfreiwilligen Humors. Politisch hat sie nur einen Sinn, wenn sie den Rückzug vorbereiten soll.“

*

### Ein Haupteinpeitscher

Einer der Haupttreiber der Volkspartei zum Sturz des Kabinetts Brüning ist der Präsident der Deutschen Bank, von Stauß. Es ist derselbe Herr von Stauß, der kurz nach den Septemberwahlen mit Hitler und anderen Brechern der Zinsknechtschaft im Berliner Hotel Adlon bei Sekt und Kaviar zu einem Frühstück zusammentraf.

Die Beziehungen des Herrn von Stauß zu den Nationalsozialisten und seine gegenwärtige Einstellung zum Kabinett Brüning lassen wohl mit am besten erkennen, wo die politische Reise dieses Herrn hingehen soll und was er mit seiner augenblicklichen Taktik bezweckt. Er war seit den Septemberwahlen der Steigbügelhalter der deutschen Faschisten, die von der Schwerindustrie ausgehalten werden. Das ist er bis heute geblieben.

# Der Ernst der Stunde

## Bedeutungsvolle Entscheidungen

**Von Arthur Arzt, M. d. R.**

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, der vom Leipziger Parteitag die letzte politische Entscheidung übertragen wurde, hat in ihrer gestrigen Sitzung eine Entschließung angenommen, die nebenstehend in ihrem Wortlaut abgedruckt ist.

Die Entschließung bedeutet keine Vertagung einer Entscheidung. Sie ist kein Verlegenheitsprodukt, um klare Stellung sich drückend und herumredend. **Grundlegend ist: Die Fraktion ist einstimmig der Meinung, daß die Notverordnung in ihrer jetzigen Gestalt für die deutsche Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft untragbar ist.** Die Notverordnung stellt eine Groteske dar. Sie meidet in mimosenhafter Scheu, Landwirtschaft und Industrie irgendwie nennenswert zu belasten, um mit der ganzen brutalen Wucht alle Bürden den unteren Schichten aufzulegen. Brüning war der blinde Hödur, der sich den todbringenden Pfeil gegen die Arbeiterschaft von den Scharfmachern des Rheins reichen und abdrücken ließ. Die Notverordnung nährt zwei Gefahren: Putsch und Chaos. **Erreicht die Sozialdemokratie keine Abänderungen in den wesentlichsten Punkten, dann stimmt sie am kommenden Dienstag für Einberufung des Reichstags.**

Der Herr Reichskanzler war im Anfang der Unterredung mit unseren Unterhändlern ziemlich zugeknöpft. Er meinte, daß eine Aenderung mit Rücksicht auf die Regierungspartner nicht in Frage komme. Erst als unsere Beauftragten eine Sprache redeten, die Brüning möglicherweise noch nicht gehört hat, als sie deutlich auf die unabsehbaren Folgen der Auswirkung der Notverordnung hinwiesen, erklärte er seine Bereitschaft zu Verhandlungen. Leider konnte er die Reise zu Hindenburg nicht aufschieben, weil in Neudeck auch viele Wühlmäuse sein sollen.

Nach wie vor erklärte aber die Partei ihre **Bereitschaft, an der Behebung der Finanznot tatkräftig mitzuarbeiten.** Die Arbeiterschaft hat kein Interesse an einem Defizit. Sie ist auch niemals sein Nutznießer. Die soziale Gesetzgebung gedeiht nur im Schutze geordneter Finanzen.

Warum hat die Sozialdemokratie es abgelehnt, schon jetzt einen Antrag zu stellen auf Aufhebung der Notverordnung und auf Zusammentritt des Reichstags? Verhandlungen erübrigen sich selbstverständlich bei einer Reichstagseinberufung. Abgesehen davon trat jedoch ein ganz neues Moment hinzu, das die politische Situation blitzartig aufhellte: Die Deutsche Volkspartei hat mit zwei Stimmen Mehrheit die Einberufung des Reichstags gefordert. Die Volkspartei hat noch mehr gefordert. Sie verlangte Rücktritt von Curtius, Dietrich, Schiele, die Bildung einer neuen Regierung noch bis zum Dienstag, sie bot Brüning in einer neuen Regierung das Außenministerium an. Sie will also den eigenen Parteifreund Curtius abschlachten. Wie sie Stresemann nur auf den Wahlplakaten liebte, so ist ihr auch Curtius Nebensache, wenn er ihrer Provitgier im Wege steht. Die Partei macht also alter Tradition gemäß wieder in Krisen. Das sind die einzigen Erregungen, deren die geistig, politisch und wirtschaftlich völlig impotente Partei noch fähig ist. Das Berliner Tageblatt schreibt in einem Artikel: „Die Dolchstoßpartei“: „Daß die Opposition, nein, die Obstruktion der

# Deutsche Vorschläge an USA.?

## Mittelgewinnung durch Schuldenkonvertierung

P. Paris, 13. Juni. (Eigener Funk.) Die Morgenblätter geben eine interessante Havasmeldung aus Basel wieder, nach der auf Grund von Informationen aus Kreisen der BIZ. Reichskanzler Brüning und Außenminister Curtius den englischen Ministern in Chequers vorgeschlagen haben sollen,

> einen gemeinsamen Schritt aller Schuldnerländer bei der Washingtoner Regierung zu unternehmen, um sie nicht für eine Annullierung, sondern für eine Art Konvertierung (Zinsherabsetzung) der Kriegsschulden zu gewinnen.

Durch ein solches Verfahren, dessen Einzelheiten den den [illegible] Ministern genau auseinandergesetzt worden seien, würde der Gesamtbetrag der Schulden unverändert bleiben, aber bei den Zinsen würde sich eine Ersparnis von [illegible] ergeben, die die früher alliierten Mächte Deutschland zur Erleichterung seiner Reparationsverpflichtungen zukommen [illegible]. Da die englischen Minister erklärt [illegible] England nicht die alleinige Verantwortung für [illegible] Schritt übernehmen [illegible] an alliierte Mächte [illegible] amerikanischen Standpunkt [illegible] Europa fortgeführt werden [illegible] rikanischen Einwand, daß [illegible] politischen Rüstungsausgaben [illegible] Schuldenstreichung [illegible] zuvorzukommen, hätten die deutschen Minister

> eine Konferenz aller europäischen Großmächte

vor dem Zusammentritt der allgemeinen Abrüstungskonferenz vorgeschlagen, in der die Höchstsummen für die Heeres- und Marineausgaben der verschiedenen Länder festgesetzt werden sollen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19310613/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG